



## Wir sind bereit

Nur die FDP  
hat den Mut  
zu echten Reformen

## Das neue NRW

Eine Koalition  
mit liberaler  
Handschrift

## Schule der Zukunft

Friedrich-Naumann-  
Stiftung startet  
Bildungsinitiative



## Ein neuer Morgen nach der Kanzlerdämmerung



Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,

mit seiner Ankündigung, für kommenden Herbst Neuwahlen zum Deutschen Bundestag anzustreben, hat Bundeskanzler Schröder das Eingeständnis des kompletten Scheiterns seiner Regierung geliefert. Seitdem suchen die Sozialdemokraten, misstrauisch beäugt von den von Verlustängsten geplagten Grünen, nach inhaltlichen Gründen für den Bundeskanzler, die Vertrauensfrage zu stellen und negativ beantwortet zu bekommen.

Vor uns liegen nun – aller Voraussicht nach, wenn es denn wirklich zur Neuwahl Mitte September kommt – knapp drei

Monate, in denen es darum geht, den Menschen in unserem Land darzustellen, mit welchen Inhalten wir in die Wahlen gehen und welche Lösungen wir für die drängenden Probleme vorschlagen. Der sehr kurze Wahlkampf wird sicherlich einiges an Stress und Anstrengungen für alle mit sich bringen. Andererseits zwingt die Kürze der Zeit aber auch dazu, sich auf die Hauptthemen zu konzentrieren. Die Bürger haben ernste Probleme, und sie erwarten darauf ernsthafte Antworten: Die viel zu hohe Arbeitslosenzahl muss reduziert werden. Den Menschen muss von ihrem sauer verdienten Geld mehr übrig bleiben. Die sozialen Sicherungssysteme müssen treffsicherer und weiterhin finanzierbar gemacht werden. Den kleinen und mittelständischen Unternehmern, die die meisten Ausbildungs- und Arbeitsplätze schaffen, müssen mehr Chancen gegeben werden. Die Qualität von Schulen muss angehoben, die Hochschulen müssen in Wettbewerb gebracht werden. Jetzt müssen Richtungsfragen klar und überzeugend beantwortet werden. Es geht um Vertrauen in Politik. Gründe, dem Kanzler politisch nicht zu vertrauen, gibt es reichlich.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Wolfgang Gerhardt

### Inhalt elde 4|2005

#### Mosaik

- 3 Was macht Rot-Grün nach dem 18. September?
- 4 Gewinnspiel: Wir können Europa besser! Aktion des Monats: Liberaler Wirtschaftserfolg in Malchin
- 5 Leserbrief – elde im Spiegel der Leser

#### Titelthema

- 6 Wir sind bereit  
FDP stellt Deutschlandprogramm zusammen  
Neuwahlen: Das sagt die Verfassung

#### Aktuell

- 9 „Wir können Deutschland erneuern“  
Die nächsten Monate: Termine, Fakten, Daten
- 10 Wie kommt die Europäische Union aus der Krise?
- 11 Das neue NRW: Eine Koalition mit liberaler Handschrift

#### Friedrich-Naumann-Stiftung

- 12 Stiftungsinitiative Bildung
- 13 Liberales: 60 Jahre FDP  
Verfassungsdialog der FNSt
- 15 Fragebogen: Vera Bohle, einzige deutsche Minenräumerin im Ausland



6 Wir sind bereit



10 Quo vadis Europa?



12 Bildungsinitiative



# Was macht Rot-Grün nach dem 18. September?



Natürlich wieder das, was sie am besten können: Probleme! Sicher, es ist ein Segen für die Republik, wenn Rot-Grün endlich die Arbeit einstellt – übrigens, was für eine Arbeit eigentlich? Wir sind gegen jeden weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit. Deshalb zeigt unsere aktive und kreative Beschäftigungs-Politik schon jetzt auf, wie man Ex-Politiker wieder sinnvoll in den Markt integrieren kann.

**Franz Müntefering** wird im Außendienst tätig: Er bringt sein Insekten-Know-How auf den Kanaren ein, wo er Heuschrecken fängt. **Gerhard Schröder** könnte nach unserer Sicht seine Auslandserfahrungen nutzen – und Fußball-Nationaltrainer des Irak werden. Ebenfalls im Profisport

könnte **Joschka Fischer** seine 7. Karriere starten: Vom Marathon-Mann zum Sumo-Ringer. Alternativ verspricht eine Ich-AG mit Schröder in der Eheanbahnungs-Branche durchschlagenden Erfolg. Während **Hans Eichel** als „Dagobert Duck der Miesen“ vollends in die Comic-Welt abtaucht, könnte **Peter Struck** als Sicherheitsberater der Hells Angels durchstarten. Und **Jürgen Trittin**? Der kontaminiert die Umwelt weiter mit seinen Philosophien, anstatt sie in die Tonne zu hauen, und lebt fortan wie Diogenes. Jedoch in einer Pfand-Dose. Damit wären die schwierigsten Fälle schon mal untergebracht, den Rest schaffen wir auch noch: Arbeit hat Vorfahrt!

*Werner Friedhoff*



Foto: Picture-Alliance, Montage: Cicero



## Gewinnspiel: Wir können Europa besser!

Unter diesem Motto ist die FDP vor einem Jahr wieder in das Europaparlament eingezogen. Inzwischen sind die Abgeordneten Teil der großen liberalen Fraktion. Sie haben die ersten zwölf Monate der FDP in Brüssel und Straßburg verfolgt? Sie wissen, was die Liberalen bewirken? Dann beantworten Sie bitte unsere Fragen:

1. Welche europäische Institution wird als einzige direkt von den Bürgern gewählt?

2. Wer ist die stellvertretende Vorsitzende der ALDE-Fraktion?

3. Das Europaparlament hat seinen Sitz in Brüssel und in Straßburg. Wie viel Mio. Euro kostet der ständig wechselnde Tagungsort den europäischen Steuerzahler pro Jahr?

4. In wie vielen Delegationen ist die FDP im Europäischen Parlament vertreten?

5. Welcher Fraktion gehört die FDP im Europäischen Parlament an (Abkürzung)?

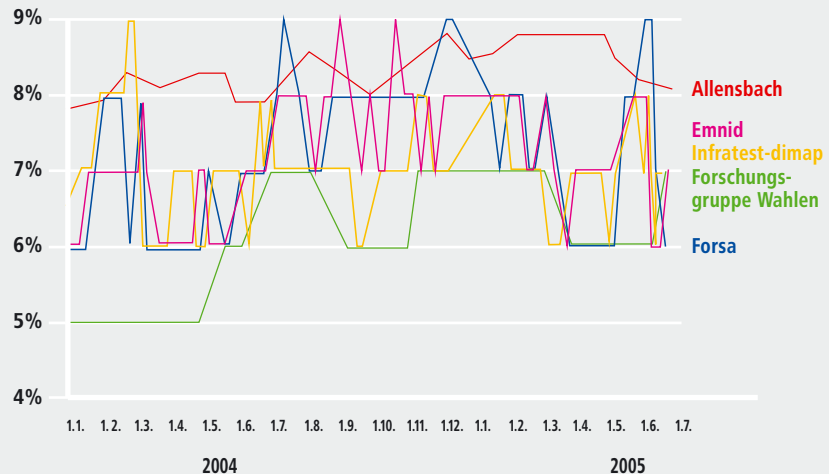
Sende Sie die hoffentlich richtigen Antworten an die Redaktion **elde**, Reinhardtstr. 14, 10117 Berlin. Oder per Fax: 030/27572880. Oder per Mail an [Roland.Kowalke@liberalverlag.de](mailto:Roland.Kowalke@liberalverlag.de). Unter den richtigen Einsendungen verlosen wir auch diesmal wertvolle Bücher und einen Werbemittel-Gutschein aus dem liberal-Verlag. Einsendeschluss ist der 31. Juli 2005.

## FDP in der Kurve

Die Liberalen mit guten Umfragewerten



Nach dem Wahlerfolg in Nordrhein-Westfalen ist dort der von der FDP vorhergesagte politische Wechsel eingetreten. Und auch die Entwicklung im Bund gibt den Liberalen recht. Nun gilt es, mit allen Kräften auf einen Wechsel im September hinzuarbeiten. Die Ausgangslage dafür sieht in den Sonntagsumfragen gut aus:



## ▲ktion des Monats: Liberaler Wirtschaftserfolg in Malchin



Foto: dpa

Die wirtschaftsfreundlichste Kommune in Mecklenburg-Vorpommern ist die vom liberalen Bürgermeister Jörg Lange geführte Stadt Malchin. Die Kleinstadt gewann den Wettbewerb des Wirtschaftsministeriums in Zusammenarbeit mit den Unternehmerverbänden, den Kammern und dem Städte- und Gemeindetag vor Waren und Stavenhagen. Die Stadt hat ein 200 Jahre altes Industriegebiet reaktiviert und betreibt eine aktive Wirtschaftsförderung. Der Liberale Bernd Kleist fungiert im Rathaus zudem als ständig erreichbarer Ansprechpartner, „Lotse und Kümmerer“. Bei umfangreicheren Problemen werden Behördenkonferenzen zur Lösungssuche durchgeführt. Vor allem die Wirtschaft bedankte sich mit ihrem Vorschlag ausdrücklich für die Unterstützung der Verwaltung bei der Ansiedlung und als Partner vor Ort. Die **elde**-Redaktion gratuliert der Stadt und den liberalen Kommunalpolitikern.

Haben Sie eine ähnliche Meldung oder Initiative? Dann teilen Sie das der **elde**-Redaktion mit unter Fax 030/27572880 oder per e-Mail [Roland.Kowalke@liberalverlag.de](mailto:Roland.Kowalke@liberalverlag.de). Wir freuen uns über jede Information.



# elde eble

L E S E R B R I E F E

## Zu: Der Kampf um die 1. Liga Handwerkszeug für Wahlkämpfer

Vielen Dank an die Autoren des Titelthemas. Endlich hat mal jemand in konzentrierter Form die Forderungen der FDP aufgelistet. In den kommenden Wochen werden wir Rede und Antwort stehen müssen auf die Frage, was die Liberalen eigentlich wollen. Ich bitte deshalb darauf zu achten, dass den Wahlkämpfern vor Ort auch das entsprechende Handwerkszeug mitgegeben wird. *Angela Langer, Dresden*



### Was bleibt übrig?

Was nützen all die tollen Papiere und Ideen der Liberalen, wenn nach der Wahl die Union nicht mitzieht? Was bringen die besten Konzepte, wenn in den Koalitionsverhandlungen am Ende davon nicht viel übrig bleibt. Die aktuelle Diskussion um die Steuerfrage innerhalb der Union lässt mich

Schlimmes ahnen für den September. Ich kann nur hoffen, dass möglichst viel von dem, was die FDP beschlossen hat, sich auch im Regierungsprogramm wiederfindet. *Manfred Kraslick, Calbe*

### Zu: Fragebogen Alexander Fürst zu Schaumburg-Lippe Prokrastinismus?

Im *elde*-Fragebogen der Ausgabe 3/2005, beantwortet von Fürst Alexander zu Schaumburg-Lippe, findet man das Wort „Prokrastinismus“. Es ist die Erwiderung auf die Frage „Ihr größter Fehler?“. Weder meine Frau noch ich haben das Wort jemals gehört oder gelesen. In unseren einschlägigen Nachschlagewerken finden wir keine Erklärung dafür. *Dr. Karl Steinmetz, Nienburg/Weser*  
*Ich bin überrascht, bekam allerdings eine weitere Mail mit der selben Frage. Prokrastinismus ist ein Begriff, der in den USA den Meisten bekannt ist und den ich auch in deutschen Publikationen oft gelesen habe. Meine Definition: Die nur mit großer Mühe (oder gar nicht) überwindbare Neigung, Dringendes aufzuschieben. Alexander Fürst zu Schaumburg-Lippe*

### Zu: Bessere Kreditversorgung des Mittelstandes (elde 2/2005) Keine Kredite!

Meine Erfahrung ist nicht so positiv. Ein Unternehmer, der ebenfalls FDP-Mitglied ist, wurde vom Banker einbestellt. Dieser erklärte ihm, dass er nun keinen Kontokorrent-Kredit mehr bekommen könne. Er solle seine Saison-Ware beim Hersteller der Ware in Raten – entsprechend des Verkaufes – bezahlen. Diese Zahlungsweise kann er nur einmal durchführen, denn dann wird der Hersteller keine Ware mehr liefern! *Ilse Rietdorf, Kornwestheim*

### Zu: Das neue NRW „Dank an unsere Wähler“

Ich habe die Ergebnisse in NRW genau verfolgt und natürlich auch die ersten Reaktionen der Politiker, wie sie im WDR wiedergegeben wurden. Andreas Pinkwart möchte ich an dieser Stelle danken: Er ist der erste gewählte Politiker, von dem ich, bevor er etwas über den Wahlausgang sagte, ein lautes und deutliches „Danke an unsere Wähler“ gehört habe. Eine Bitte an unsere gewählten FDP-Repräsentanten, dankt den Wählern zuerst. Sie sind kein Stimmvieh. Sie sind Mitgestalter der Politik unseres Landes durch ihre Stimme. Wähler sind wahlmüde, weil sie das Gefühl haben, die Parteien nehmen sie nicht ernst. Eine weitere Bitte an meine Partei, nehmen Sie diese Höflichkeit mit in die Bundestagswahl und geben Sie jedem Wähler das Gefühl, er ist wichtig, nicht nur in den Reden, sondern auch beim „Einkaufen“.



*Christiane Sawhney, Bonn*

### Zu: Leserbrief Pro & Contra Frauenquote **Frauenquote**

Es wurde von Frau Kampf aus Hessen in der letzten *elde* zutreffend bemerkt, dass alle FDP-MdBs aus ihrem Bundesland männlich sind. Nur ist dies ein Argument für die Notwendigkeit einer Frauenquote? In meinem Bundesland, Sachsen-Anhalt, sind trotz eines im Vergleich zum Bund überdurchschnittlichen Wahlergebnisses alle FDP-MdBs weiblich. Fordere ich deshalb eine Männerquote? Natürlich nicht! Das Unterscheidungsmerkmal der Liberalen gegenüber allen anderen politischen Gruppierungen ist doch gerade, dass wir auf die Person, das Individuum, Wert legen. Bei uns prädestinieren eben nicht angeborene oder ererbte Merkmale die politischen Chancen einer Person, wie dies bei einigen anderen Parteien der Fall ist. Parlamentssitze sollten zumindest bei uns deshalb auch zukünftig nach Charakter, Leistungsbereitschaft und inhaltlicher Qualifikation vergeben werden, also nach Kriterien, die wir auch selbst determinieren können.

*Marcus Faber, Stendal*

### Zu: Leserbrief Madeleine Kampf **Widerspruch!**

Der Leserbrief von Madeleine Kampf zu „Pro & Contra: Braucht die FDP die Frauenquote?“ kann in einem Punkt nicht unwidersprochen bleiben: „Wir kämpfen u. a. bisher vergeblich um das Antragsrecht auf Bundesparteitag...“. Unsere Satzung sagt etwas anderes: Nach § 11 Abs. 1 Ziffer 8 der Geschäftsordnung zur Bundessatzung können „vom Bundesvorstand Liberaler Frauen“ Anträge zur Behandlung auf dem Bundesparteitag und Vorschläge zur Wahl auf dem Bundesparteitag gestellt werden.

*Christian Graf Dohna, Geschäftsführer des Bundessatzungsausschusses*

## Wir freuen uns auf Ihre Post!

Ihre Briefe an:  
**Redaktion elde,**  
**Reinhardtstr. 14,**  
**10117 Berlin,**  
**Telefon 030/27572879,**  
**Fax 030/27572880,**  
**e-Mail Roland.Kowalke**  
**@liberalverlag.de**



# Wir sind bereit

FDP stellt Deutschlandprogramm zusammen

*Der Bundeskanzler hat resigniert. Glaubwürdige Antworten auf die Frage, wie und wovon die Menschen in Deutschland künftig leben sollen, sind von ihm nicht mehr zu erwarten. Die Sorge um Arbeitsplätze aber bewegt immer mehr Menschen in unserem Land.*

Guido Westerwelle hat diese Frage in den Mittelpunkt seines politischen Handelns gestellt. „Arbeit hat Vorfahrt“ lautet daher das Motto der FDP im Wahlkampf. Liberale arbeiten an den Voraussetzungen für dauerhaften Wohlstand und damit für immer mehr Freiheit für immer mehr Menschen. Während sich die politischen Mitbewerber noch Gedanken darüber machen, auf welcher Plattform sie ihre politischen Ziele formulieren sollen, kann der liberale Parteichef zu recht feststellen: „Wir haben ein ausgezeichnetes Programm.“ Es ist das Ergebnis der optimal genutzten Oppositionszeit. Die Liberalen haben sich stets zur sozialen Verantwortung bekannt. Diese beschränkt sich jedoch nicht auf Reparaturen an den Systemen sozialer Sicherung. Das macht Wolfgang Gerhardt in seiner „Erklärung zur Verantwortung für Deutschland“ deutlich: „Deutschland braucht ein umfassendes gesellschaftliches und wirtschaftliches Innovationsprogramm. Die Grundzüge dafür haben wir vorgelegt.“



Guido Westerwelle

Foto: dpa

## Neuwahlen: Das sagt die Verfassung

Welche verfassungsrechtlichen Möglichkeiten gibt es, um eine Neuwahl des Bundestages zu erreichen? Der Bundeskanzler kann nach Artikel 68 des Grundgesetzes die Vertrauensfrage stellen. Findet sein Antrag, ihm das Vertrauen auszusprechen, nicht die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages, hat er drei Möglichkeiten:

- Er kann dem Bundespräsidenten vorschlagen, den Bundestag binnen 21 Tagen nach der Vertrauensabstimmung aufzulösen. Danach muss der Bundestag innerhalb von 60 Tagen neu gewählt werden. Die Vertrauensfrage kann nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1983 nicht zur Auflösung des Bundestages missbraucht werden.
- Gibt der Bundeskanzler hingegen auf und tritt zurück, findet nach Artikel 63 des Grundgesetzes die Neuwahl eines Bundeskanzlers statt: Der Bundespräsident unterbreitet dem Bundestag einen Wahlvorschlag. Wird der Vorgeschlagene mit

den Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages gewählt, ist er vom Bundespräsidenten zu ernennen, ohne dass es zu Neuwahlen kommt. Wird der Vorgeschlagene hingegen nicht gewählt, wird des Weiteren innerhalb von 14 Tagen kein anderer Bundeskanzler gewählt und erhält in einem daraufhin stattfindenden erneuten Wahlgang der vom Bundespräsidenten Vorgeschlagene nicht die Mehrheit der Mitglieder des Bundestages hat der Bundespräsident innerhalb von sieben Tagen entweder ihn zu ernennen oder den Bundestag aufzulösen. Entscheidet er sich für die Auflösung, kommt es zu Neuwahlen.

- Als dritte Möglichkeit kann der Bundeskanzler nach einer nicht erfolgreichen Vertrauensabstimmung darauf verzichten, die Auflösung des Bundestages vorzuschlagen, und als Minderheitenkanzler weiterregieren. In diesem Fall kann er versuchen, seinen Gesetzgebungsbedarf weitestgehend einzuschränken und mit wechselnden parlamentarischen Mehrheiten zu decken.





Fotos: dpa, ProLivePhoto

Parteivize Andreas Pinkwart hat hierzu wichtige Vorarbeiten geleistet. Das von ihm vorangebrachte Bürgergeldsystem liefert einen neuen Ansatz zur Reform der sozialen Grundsicherung. Es baut Brücken in Beschäftigung gerade für Geringqualifizierte. Diese konnten bislang nur in Schwarzarbeit und damit ohne Beitrag zu den sozialen Sicherungssystemen tätig werden, weil Tarifverträge ihnen verweigern, ihre Arbeit auch unterhalb starr festgelegter Grenzen anzubieten. Arbeit muss wieder bezahlbar werden. Deutschland braucht aber nicht nur Arbeitsplätze im Dienstleistungs- und Niedriglohnbereich. Um auf dem Weltmarkt zu bestehen, muss deutscher Erfindergeist neu geweckt und gefördert werden. Dazu müssen die Menschen die Chancen, die in neuen Technologien stecken, erkennen. Staatliches Handeln muss die Voraus-



Wolfgang Gerhardt

Der wichtigste Wachstumsimpuls aber liegt in einer seriös gestalteten und durchgerechneten Steuerreform. Niedrigere Steuern mit einfachen und ge-

setzungen dafür schaffen, dass Forschung und Entwicklung im Lande bleiben. Deutschland war bis vor einigen Jahren Zentrum der medizinischen Forschung und Pharmazie. Mit einem positiven Bekenntnis etwa zur Stammzellenforschung kann die Politik dazu beitragen, dass die „Kultur des Helfens und Heilens“, wie Guido Westerwelle formuliert hat, auch in Deutschland zu ihrem Recht kommt und damit mehr Menschen in Lohn und Brot.

Die FDP hat als einzige Partei ein geschlossenes Konzept für die Reform der Einkommensteuer und der Unternehmensteuer vorgelegt. Auch für die Finan-



Andreas Pinkwart

Fortsetzung auf Seite 8

## Szenen einer Scheidung

### Rot-Grün über sich selbst

Am 22. Mai kapitulierte Rot-Grün. Was zunächst als die Ankündigung daherkam, den Weg zu Neuwahlen freimachen zu wollen, war die vorweggenommene Grabrede Gerhard Schröders und Franz Münteferings am Sarg eines gescheiterten Bündnisses. Eine Koalition löste sich auf, und mit ihr eine Bundesregierung.

„Mit dieser SPD können die Grünen gar nicht koalieren“, gab Daniel Cohn-Bendit zu Protokoll. Umgekehrt drohten Spitzengenießen auf die Grünen ein. Kurt Beck warf dem Koalitionspartner vor, Vereinbarungen mehrfach nicht eingehalten und sich gegenüber der SPD „reichlich unfein“ verhalten zu haben. Deutlicher wurde Sigmar Gabriel. Die Grünen hätten die SPD an der Schaffung von Arbeitsplätzen gehindert, weil sie „Investitionsmaßnahmen,

Planungsmaßnahmen und Innovationsmaßnahmen mit einer überbordenden Bürokratie befrachten“. Reinhard Bütikofer schoss zurück: „Das dumme Gerede von Sigmar Gabriel und Kurt Beck sagt mehr über deren Desorientierung.“ Es sei „positiv, dass vom rot-grünen Projekt keine Rede mehr ist“. Dann wagte der Grünen-Chef einen Blick in die Sozialdemokratie von morgen und prophezeite: „Clement ist nicht die Zukunft der SPD.“

Schließlich sah sich auch der Kanzler zu drastischen Wertungen veranlasst. In der „Zeit“ zog Gerhard Schröder ein bitteres Fazit: „Rot-Grün hat nicht wirklich zu den Problemen gepasst.“ Dies sei ein Zweck-Bündnis gewesen, von dem er schon in der Wahlnacht 1998 gewusst habe, dass es „quer stand zu den Bedürfnissen der Republik“. In der Tat: Deutschland braucht etwas Besseres als Rot-Grün.



Hermann Otto Solms

Fortsetzung von Seite 7

zierung dieser großen Steuerreform hat der finanzpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Hermann Otto Solms konkrete Vorschläge gemacht. Kürzungen bei staatlichen Ausgaben und Subventionen schaffen dazu den notwendigen Spielraum. „Wer jetzt von Steuererhöhungen redet, gefährdet

Strukturveränderungen bei staatlichen Transfersystemen und mindert den Druck auf die Kürzung staatlicher Ausgaben“, warnt Solms. Die FDP spricht sich deshalb gegen eine Anhebung der Mehrwertsteuer aus. Wer Spielräume für Investitionen und Arbeitsplätze erhalten will, muss die Steuerlast senken.

Die FDP wird ihre Kompetenz in Wirtschaftsfragen nutzen, um die Freiheitsräume der Menschen in Deutschland zu erweitern. Die jüngste Forderung nach Lohnerhöhungen wertete Rainer Brüderle als „hilflosen Versuch der SPD, mit Voodoo-Ökonomie ein paar Punkte im Wahlkampf zu machen“. Die positiven Perspektiven der sozialen Marktwirtschaft hat der wirtschaftspolitische Sprecher und stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion sowie FDP-Vize Rainer Brüderle

in der Huckelrieder Erklärung zusammengefaßt. Liberale stehen für ökonomische Vernunft und kulturelle Modernität. Sie wollen mehr Freiheit für das wirtschaftliche Handeln der Menschen und kämpfen deshalb gegen bürokratische Hemmnisse für Leistungsbereite, gegen den vollkommenen Einblick des Staates in Bankkonten und gegen Besitzstandsinteressen von Gewerkschaftsfunktionären.



Rainer Brüderle



Fotos: vario-press, Photothek.net

Eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von FDP-Generalsekretär Dirk Niebel wird nun das Wahlprogramm zusammenstellen. Das Deutschlandprogramm soll am 25. Juli im Bundesvorstand der FDP verabschiedet werden. Grundlage dafür ist das umfangreiche „Wechsellexikon“, das die Beschlusslage der FDP erschließt. Auch die wichtigsten Ergebnisse der Programmdebatte im Internet – sie läuft noch bis 8. Juli – werden in das Wahlprogramm einfließen. Als arbeitsmarktpolitischer Sprecher der Fraktion im Bundestag wird Dirk Niebel dafür sorgen, dass die Vorfahrtsregelung für alles, was Arbeitsplätze schafft, eingehalten wird. FDP-Spitzenkandidat Guido Westerwelle und er stehen für die Zuversicht, dass die Menschen in Deutschland wieder mehr aus sich machen können. Helmut Metzner/Susanne Bühler



Dirk Niebel

## Die Finanzierung für die liberale Steuerreform steht!

Die FDP ist die einzige Partei, die ein umfassendes Konzept zur Reform der direkten Steuern vorgelegt hat: Mit dem „Berliner Entwurf zur Reform der Einkommensteuer“ schaffen wir ein neues Einkommensteuerrecht, das einfach, niedrig und gerecht ist. Insgesamt werden Bürger und Unternehmen nach Wegfall der steuerlichen Ausnahmen im Umfang von 17 bis 19 Mrd. Euro entlastet (Entlastungsvolumen des „Berliner Entwurfs“ 14 Mrd. €, Entlastungsvolumen des Unternehmensteuerkonzepts 3 bis 5 Mrd. €). Um das notwendige Vertrauen bei Bürgern und Unternehmen zu erreichen, hat die FDP ihre Vorschläge für eine moderne und wachstumsorientierte Steuerpolitik durch Vorschläge für eine solide und nachhaltige Haushaltspolitik vervollständigt:

Einsparvolumen Bundeshaushalt	11,00 – 12,50 Mrd. €
Abschaffung der Eigenheimzulage (ansteigend auf rd. 6 Mrd. €)	0,2 Mrd. €
Einführung der Zinsabgeltungsteuer	2,4 Mrd. €
Effizienterer Einsatz von Personal in der Finanzverwaltung	1,8 Mrd. €
Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs	2 – 3 Mrd. €
Nachfragesteigernde Wirkung des Steuerkonzepts	3 Mrd. €
Neuorganisation der Familienkassen	0,5 Mrd. €
Effizienzgewinne durch Neustrukturierung der BA	3 Mrd. €
Rückführung der Kosten der Agrarverwaltung	0,5 Mrd. €
Zuschüsse an das Bundeseisenbahnvermögen	1,2 Mrd. €
Privatisierung von Bundesvermögen	4,5 Mrd. €
Konsequenter Bürokratieabbau	3,75 Mrd. €
Summe Finanzierungsmaßnahmen	33,85 – 36,35 Mrd. €

Die FDP wird im Umfeld des Steuerzahlertages am 22. Juli 2005 in dezentralen Aktionen auf ihre konkreten Steuerreformmodelle als entscheidender Reformimpuls für mehr Wachstum und Beschäftigung aufmerksam machen.

Mehr im Internet unter [www.fdp-bundesverband.de/kampagnen/steuern/steuerkampagne.php](http://www.fdp-bundesverband.de/kampagnen/steuern/steuerkampagne.php).



Fotos: dpa, Roland Kowalke



Hans-Jürgen Beerfeltz

# Wir können Deutschland erneuern

Die nächsten Monate: Termine, Fakten, Daten

Anfang Juni traf sich die Wahlkampf-Runde der FDP mit dem Bundesvorsitzenden und dem Generalsekretär zu einer arbeitsreichen Klausursitzung in Solingen bei der Agentur „von Mannstein“. Die idyllische Umgebung förderte Kreativität und Entscheidungsfreude, sodass



die Diskussionen über die Wahlkampforganisation, die strategische Positionierung, die werbliche Grundanlage und die Veranstaltungsplanung sehr fruchtbar verliefen. Neben der professionellen Beratung von Prof. Coordt von Mannstein und seinem Team erhielt die Wahlkampf-Runde unter Leitung von Bundesgeschäftsführer Hans-Jürgen Beerfeltz sehr wertvolle Hinweise von erfahrenen Werbern, u. a. von Mediamarkt-Gründer Walter Gunz, Vorsitzender der Geschäftsführung der Axel Springer eCommerce GmbH & Co. KG, und Karl-Heinz Heuser, Vorstandsvorsitzender Deutschland der weltgrößten PR-Agentur Burson Marsteller.

## Die Ergebnisse im Einzelnen:

- Alle Landesverbände erhalten Angebote zur Ausgestaltung ihrer Landesvertreterversammlungen. Damit schaffen wir ein bundesweit einheitliches, professionelles Erscheinungsbild unserer FDP.
- Die werbliche Grundanlage des Wahlkampfes hinsichtlich Optik und Design steht fest (s. Werbemittelkatalog). In bewährter Manier werden wir auch in diesem Wahlkampf auf einen hohen Anteil an freundlichem Gelb setzen.
- Die FDP wird in der Schlussphase des Wahlkampfes in Ergänzung zum Logo um Zweitstimmen werben.
- In einem Mitmach-Katalog werden alle Möglichkeiten der Unterstützung, z. B. auch Spendenmöglichkeiten aufgeführt, die einen Beitrag zum Wahlkampf leisten können.
- Die FDP hat ein umfassendes Programm. Um dies zu dokumentieren, gibt es das „Wechsellexikon – Deutschland erneuern von A-Z“ mit allen relevanten inhaltlichen Beschlüssen.
- Vor dem Wechsel kommt der Sommer. Deshalb wird die FDP als Give-away kleine Sonnenmilchfläschchen mit Steuerschutzfaktor 15 herausgeben – damit man nicht zu rot wird, aber auch nicht zu schwarz.
- In einer Klausursitzung am 24. und 25. Juli wird der Bundesvorstand der FDP das Wahlprogramm endgültig beschließen.
- In den letzten Wochen vor der Wahl wird die FDP mit zentralen Veranstaltungen überall im Land Präsenz zeigen. Von besonderer Bedeutung sind dabei eine Auftaktveranstaltung etwa drei Wochen vor der Wahl und die geplante zentrale Abschlussveranstaltung am 15. September in der Kölnarena, die wir mit viel liberaler Überzeugung und Lebensfreude füllen wollen.
- Der außerordentliche Bundesparteitag findet am 11. September in Berlin statt.
- Am Zentralen Rednereinsatz werden sich alle Präsidiumsmitglieder beteiligen.

Mit einem Wahletat von 3,5 Mio. Euro bedarf es in diesem zwar kurzen, aber umso intensiveren Wahlkampf einer vorausschauenden, präzisen Planung, eines sehr guten Informationsflusses und einer engagierten Umsetzung jeder einzelnen Maßnahme auf allen Ebenen der Partei. „Wir alle gemeinsam – vom Mitglied im Kreisverband bis zum Spitzenkandidaten –, können Deutschland erneuern. Wir haben eine wirklich große Chance, für uns und für Deutschland“, so Wahlkampfkoordinator Hans-Jürgen Beerfeltz.

*Franziska Pagel*



## Visa-Untersuchungsausschuss wird fortgesetzt

Mit eigener Ausschussmehrheit wollte Rot-Grün vorzeitig das Ende der Zeugenvernehmungen im Visa-Untersuchungsausschuss durchsetzen – rechtzeitig zum beginnenden Bundestagswahlkampf. FDP und CDU/CSU klagten dagegen vor dem Bundesverfassungsgericht mit einem Eilantrag und haben jetzt Recht bekommen. Eine Beendigung der Zeugenbefragung sei nur möglich, wenn sie im Ausschuss einvernehmlich beschlossen werde, so der Zweite Senat in seiner einstimmig ergangenen Entscheidung. Mit dem Urteil kann der Ausschuss seine Arbeit jetzt fortsetzen und aufklären, ob durch die Visa-Erteilungspraxis des Auswärtigen Amtes gegen Recht verstoßen und Schleuserkriminalität begünstigt wurde. FDP-Obmann Hellmut Königshaus erklärte dazu, Rot-Grün habe die Beweisaufnahme schon in der Vergangenheit immer wieder gestört: „Diesmal haben sie übertrieben: Hochmut kommt vor dem Fall.“

# Wie kommt die Europäische Union aus der Krise?

Neue Offensive statt nationaler Europapolitik notwendig

Lebt die Europäische Verfassung noch oder ist sie tot? Nach dem „Non“ der Franzosen und dem „Nee“ der Niederländer zum Europäischen Verfassungsvertrag haben die Regierungen Dänemarks, Portugals und Irlands auf dem EU-Gipfel in Brüssel angekündigt, die geplanten Referenden auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Polen und Tschechien wollen an ihren Volksabstimmungen festhalten, wenn auch im Fall Tschechiens um ein halbes Jahr verschoben. In Großbritannien wird der Verfassungsvertrag nun wohl nur noch vom Parlament verabschiedet. Schweden und Finnland haben selbst die parlamentarische Ratifizierung auf unbestimmte Zeit ausgesetzt. Der Europäische Rat will nun bis Mitte 2006 entscheiden, wie der endgültige Weg zur Ratifizierung aussehen soll. Denn erst wenn alle EU-Mitgliedstaaten dem Verfassungsvertrag zugestimmt haben, tritt dieser in Kraft. Die Staaten, die den Text noch nicht angenommen haben, können in dieser Zeit über das weitere Vorgehen selbst entscheiden.

Nach Einschätzung der FDP-Bundestagsfraktion ist eine Ratifizierung des Vertrages in seiner jetzt vorliegenden Form sehr unwahrscheinlich geworden. Dennoch muss es das Ziel sein, den Verfassungsvertrag als Benchmark für künftige Reformen zu erhalten, weil er die Handlungs-



Wolfgang Gerhardt

fähigkeit und Legitimation der EU verbessert. Staaten, die jetzt noch die Ratifizierung vorhaben und diese auch durchführen wollen, dürfen nach Auffassung der FDP-Bundestagsfraktion nicht davon abgebracht werden. Der Fraktionsvorsitzende Dr. Wolfgang Gerhardt sieht in der mangelnden Fähigkeit, Europapolitik



den Bürgern nahe zu bringen, die Ursache für die Krise: „Das französische und holländische Votum haben gezeigt, dass die politischen Führungen in den Mitgliedsländern die Gesellschaften auf dem Weg nach Europa überzeugen und mitnehmen müssen. Das ist entscheidend. Diese Fähigkeit ist jedoch in Europa nicht ausreichend vorhanden.“ Als Konsequenz aus der aktuellen Entwicklung for-



## Europa muss steuerfähig werden

Spätestens jetzt ist klar: Europa muss umsteuern. Schon bei seiner Grundlage, den Finanzen. Es muss den legalen Haushaltsskandal beenden, dass fast 40 Prozent des Budgets in Agrarsubventionen fließen, sieben Mal soviel wie in Ausgaben für Forschung. Das konterkariert die politische Willenserklärung, die so genannte Lissabon-Strategie, nämlich die wettbewerbsfähigste wissensbasierte Region der Welt zu werden. Auch die anderen von den Regierungen der EU-Mitgliedstaaten ohne Beteiligung der Bürger beschlossenen Politiken kosten viel Geld, zum Beispiel die fortgesetzte Erweiterung. Oder auch die Verlagerung von immer mehr Kompetenzen auf die europäische Ebene.

Ernsthafte Reformen sind überfällig. Subventionen von heute stellen die Weichen für Entwicklungsmöglichkeiten von morgen. Es hat unterschiedliche Auswirkungen, ob das Einkommen eines Bauern gesichert oder ob der gleiche Betrag in Nano-Technologie investiert wird. Die EU sollte auch auf absehbare Zeit kein eigenes Recht erhalten, Steuern zu erheben. Dieser Vorschlag der EU-Kommission zur Stärkung der Bindung zwischen den Bürgern und der europäischen Ebene ist erst dann einen ernsthaften Gedanken wert, wenn die einzige demokratische Institution der EU, das Europaparlament, das volle Haushaltsrecht (Einnahmen- wie Ausgabenseite) hat. Das Prinzip „no taxation without representation“ verbietet es einer vordemokratischen Organisation, Steuern zu erheben. Also muss Europa durch mehr Demokratie erst steuerfähig werden. Schon heute ist aber eine größere Finanztransparenz für den einzelnen Bürger möglich. Die nationalen Finanzministerien könnten das leisten: indem sie jedem Steuerzahler ausweisen, welcher Betrag seiner geleisteten Steuern an die EU weitergeht. Dann erfährt jeder Bürger, wie viel ihn persönlich Europa kostet.

*Dr. Silvana Koch-Mehrin, stellvertretende Vorsitzende der ALDE-Fraktion und Vorsitzende der FDP-Gruppe im Europaparlament*





Fotos: vario-press, dpa

dert Wolfgang Gerhardt eine Zeit des „Innehaltens, um sich darüber klar zu werden, wie neue Motivation erzeugt werden kann“.

Der außenpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion und Präsident der Europäischen Liberalen (ELDR), Dr. Werner Hoyer, sieht konkrete Möglichkeiten für eine Weiterführung des Prozesses: „Die EU braucht nach ihrer Erweiterung mehr Handlungsfähigkeit nach außen, verbunden mit einer klaren Legitimationsgrundlage, und zugleich eine Selbstbeschränkung der Institutionen.“ Sollte sich endgültig herausstellen, dass der Verfassungsvertrag in der vorliegenden Form keine Chance auf Ratifizierung mehr



Werner Hoyer

auch über eine Alternative zur Vollmitgliedschaft nachgedacht werden. Notwendig ist eine neue Offensive für eine wirkliche europäische Politik, anstelle nationaler Europapolitik.

hat, müsse darüber nachgedacht werden, wie sich für „einen um den Teil der Fachpolitiken reduzierten, sich nachvollziehbar und in aller Kürze auf die eigentlichen Verfassungselemente beschränkenden Text“ doch noch eine breite Zustimmung herstellen ließe, so die Analyse von Werner Hoyer.

Das Scheitern der Gipfelverhandlungen über die finanzielle Vorausschau unterstreicht die Notwendigkeit eines Neubeginns über die Zukunft Europas. Das Budget ist in der Tat vergangenheitsorientiert. Forschung und Entwicklung, alles, was Innovation entstehen lässt, ist wenig wahrnehmbar. Europa muss aber gerade Zukunftsorientierung ausstrahlen, wenn es eine attraktive Rolle spielen will. Krisen bieten auch Chancen. Das Fazit der FDP, die sich als erste deutsche Partei für die Notwendigkeit einer Europäischen Verfassung ausgesprochen hatte, lautet: Es muss neu über das Tempo der Erweiterung der EU nachgedacht werden. Zusagen müssen eingehalten werden, Beitrittskandidaten wie Rumänien und Bulgarien müssen wie versprochen sicherstellen, die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft auch zu erfüllen. Kroatien muss vor einer Aufnahme von Verhandlungen uneingeschränkt die Zusammenarbeit mit dem Kriegsverbrechertribunal zusagen. Die voraussichtlich am 3. Oktober 2005 beginnenden Verhandlungen mit der Türkei müssen ergebnisoffen geführt werden. Dabei muss von Anfang an

Susanne Bühler



## Liberaler in Regierungsverantwortung

Im größten Bundesland ist die FDP nach 25 Jahren wieder an der Regierung beteiligt. Nachdem die FDP am 22. Mai bei der Landtagswahl den Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen möglich gemacht hatte, verliefen die Koalitionsverhandlungen mit der CDU in „einem konzentrierten, offenen und fairen Arbeitsklima“, wie der neue stellvertretende Ministerpräsident und FDP-Landeschef Andreas Pinkwart bei der feierlichen Unterzeichnung des Koalitionsvertrages betonte. Der Vertrag besitze eine durchgängige liberale Handschrift, sagte Pinkwart: „FDP und CDU haben einen klaren ordnungspolitischen Rahmen für die Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft gesetzt. Als Leitfaden zieht sich durch alle Bereiche, dass die neue Regierung auf die Kraft der Freiheit und das Engagement des Einzelnen setzt.“

Mit dem Innenministerium, das Spitzenkandidat Ingo Wolf besetzt, und dem Innovationsministerium (Wissenschaft, Forschung, Technologie) von Pinkwart übernimmt die FDP zwei Schlüsselressorts. Wolf hat sich zum Ziel gesetzt, den Bürokratieabbau zum Markenzeichen der Landesregierung zu machen. Beide

Ministerien bilden damit die Wahlkampflogos der FDP ab: mehr Jobs, bessere Bildung, starke Innovationen.

„Einen historischen Schritt für NRW“ nannte Pinkwart das vereinbarte Auslaufen der Steinkohle-Subventionen. Auch in den anderen Politikfeldern findet sich die liberale Handschrift: 6400 neue Lehrer, mehr Wettbewerb der Schulen, Autonomie der Schulen und Hochschulen, Studiengebühren, Balance zwischen Bürgerrechten und innerer Sicherheit, Eindämmung der Windkraftindustrie (1500 Meter Abstandsregelung zur nächsten Wohnbebauung), Liberalisierung des Ladenschlussgesetzes, mehr Forschungsfreiheit, zielgerichtete Mittelstandsförderung statt Gießkannenprinzip, Bundesratsinitiative für ein einfaches, niedriges und gerechtes Steuersystem.

Die desaströse Finanzlage des Landes NRW macht einen harten Sanierungskurs notwendig. Pinkwart hofft auf einen „Mentalitätswechsel und Aufbruchstimmung“. Der Koalitionsvertrag benenne klare Ziele und beschreibe auch die Wege dahin. „Eines aber ist klar: Nur gemeinsam mit den Menschen in unserem Land, nur mit der Kreativität, mit dem Engagement des Einzelnen werden wir sie erreichen. Und klar ist auch: Dieser Prozess ist langfristig angelegt. Das neue NRW kann man nicht über Nacht bauen. Deshalb vertrauen wir der Kraft der Freiheit und setzen auf jeden Bürger in unserem Land. Der Rahmen für mehr Chancen für alle ist mit dieser Koalitionsvereinbarung gesetzt.“

AZ



## Die Schule der Zukunft



Fotos: vario-press, dpa, Photothek.net, Bildagentur online

### Friedrich-Naumann-Stiftung startet Bildungsinitiative

Das deutsche Bildungssystem fällt im internationalen Vergleich immer weiter zurück. Dies gilt für alle Bereiche von der Vermittlung von Grundfähigkeiten und -wissen in der Schule bis hin zur universitären Ausbildung und für wichtige Bereiche der angewandten und Grundlagenforschung. Zu den Problemen gehören

- ▶ der Mangel an Freiheit in Schulen und Hochschulen, Inhalte und organisatorischen Aufbau selbst zu bestimmen,
- ▶ zu wenig echte Verantwortung und Beteiligungsmöglichkeiten für Eltern, Schüler und Studierende,
- ▶ zu geringer Leistungswettbewerb in und zwischen den Bildungseinrichtungen,
- ▶ Zentralisierung und Bürokratisierung,
- ▶ die Benachteiligung der freien Träger,
- ▶ ein auch im internationalen Vergleich zu großer Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Schulerfolg,
- ▶ der Werteverfall, wie beispielsweise der Mangel an Toleranz, Disziplin, Aufmerksamkeit und eine partielle Unterfinanzierung.

Die Initiative der Friedrich-Naumann-Stiftung konzentriert sich dabei auf die Schlüsselthemen Schule und Hochschule.

Für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes ist Bildung die Schlüsselqualifikation. Ein freiheitliches und zukunftsfähiges Bildungssystem ist die Voraussetzung für die Entwicklung des Einzelnen zum mündigen und verantwortungsbewussten Bürger in einer liberalen Bürgergesellschaft. Leitlinien liberaler Bildungspolitik sind dabei Wahlfreiheit, Eigenverantwortung, Chancengerechtigkeit, Privatinitiative, Wettbewerb und Effizienz.

Vor allem führen Wahlfreiheit und Eigenverantwortung direkt zu mehr Lernerfolg. Z. B. verstehen die bei PISA und TIMSS erfolgreichen skandi-

navischen Länder Schule als eine lernende Organisation, die in den Handelnden (Lehrern und Schülern) Verantwortungsfähigkeit fördert und freisetzt. Die Verantwortung für die inhaltliche und methodische Ausgestaltung des Unterrichts sowie für die Personal- und Budgetentscheidungen wird konsequent in die Hände der vor Ort Handelnden gelegt. Schulübergreifende Richtlinien beschränken sich auf die Formulierung allgemeiner Bildungsziele.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung will mit ihrer Bildungsinitiative zu diesen Problemen Lösungsansätze aufzeigen und durch öffentliche Diskussionen in zahlreichen Veranstaltungen und Seminaren erarbeiten. Eine erste Sammlung von interessanten Materialien zum Thema Bildung finden Sie im Internet unter <http://virtuelle-akademie.fnst.de>. Im August 2005 wird die neue Online-Plattform der Bildungsinitiative an den Start gehen.

Mehr Informationen zum Thema über Dr. Peter Altmiks, Liberales Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung, Telefon 0331-70 19 131, Fax 0331-70 19 216 und per E-Mail: [peter.altmiks@fnst.org](mailto:peter.altmiks@fnst.org).



## Wo Liberale regieren, geht es den Menschen besser



„Deutschland braucht eine neue Gründerzeit.“ Diese Forderung erhob Guido Westerwelle bei der Jubiläumsveranstaltung zum 60. Jahrestag des Neubeginns der Liberalen. Mit Zeitzeugen aus den Gründerjahren wie Hans-Dietrich Genscher erinnerte er im Berliner

Thomas-Dehler-Haus an die zupackende Zuversicht, die die Parteigründer nach dem 2. Weltkrieg bewegt hat. Mut und Optimismus hätten auch die Wiedervereinigung vor inzwischen 15 Jahren gekennzeichnet, betonte Partei-Vize Cornelia Pieper. Daran könne man sich bei den bevorstehenden Veränderungen ein Vorbild nehmen. Für Guido Westerwelle lehre die Geschichte auch: „Wo Liberale regieren, geht es den Menschen besser.“ Es gehe deshalb darum, dem erhofften Wechsel die richtige Richtung zu geben. Die Liberalen seien dabei ein kompetenter und zuverlässiger Partner. Das hörte eine Gast bei der Veranstaltung der Friedrich-Naumann-Stiftung wohl besonders gerne: Angela Merkel.

## Rainer Brüderle zum 60.

Freiheit und Wettbewerb – das ist das Credo von Rainer Brüderle, der sein Leben wie wenige andere dem Liberalismus verschrieben hat. Seit Beginn seiner FDP-Mitgliedschaft 1973 versteht es der Rheinland-Pfälzer, die Menschen von der liberalen Sache und insbesondere von liberaler Wirtschaftspolitik zu überzeugen. Das führte ihn von 1987 bis 1994 in das Amt des Staatsministers für Wirtschaft und Verkehr in Rheinland-Pfalz und ließ ihn von 1994 bis 1998 das Ressort Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau lenken. Zugleich bekleidete Rainer Brüderle über 10 Jahre hinweg bis 1998 das Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz. Auf Bundesebene ist der bekennende USA-Fan ebenso engagiert. Seit Oktober 1998 ist Rainer Brüderle Mitglied des Deutschen Bundestages und stellvertretender Vorsitzender sowie wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion. Im Juni standen gleich zwei Jubiläen ins Haus: Am 9. Juni konnte Rainer Brüderle sein 10-jähriges Jubiläum als stellvertretender Bundesvorsitzender der Freien Demokraten feiern und am 22. Juni 2005 folgte sein 60. Geburtstag. Die elde-Redaktion gratuliert sehr herzlich!



Foto: Phototrek.net

## Ehrung für Otto Graf Lambsdorff

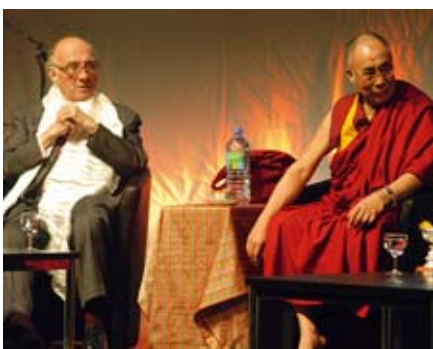


Foto: Tina Meikau

Der Dalai Lama, spirituelles und weltliches Oberhaupt der Tibeter, hat kürzlich den Preis „Licht der Wahrheit“ (Light of Truth Awards) an Otto Graf Lambsdorff für sein Engagement für die Freiheit der Tibeter verliehen. Als Vorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung habe Lambsdorff die Exilregierung des Tibet mit zahlreichen Projekten gefördert, teilte die Internationale Kampagne für Tibet mit.



## Die Verfassung bewahren

Beim zweiten Verfassungsdialog der Friedrich-Naumann-Stiftung diskutierten 150 Gäste in Karlsruhe über Gefahren für die liberale Verfassungsordnung. Vorstandsvorsitzender Otto Graf Lambsdorff machte deutlich, dass eine „Verfassung der Freiheit“ Bürger braucht, die von der Freiheit überzeugt sind. Kuratoriumschef Dr. Jürgen Morlok: Mit einer antikapitalistischen Heuschrecken-Kampagne ist Verfassung nicht zu bewahren. Generalsekretär Dirk Niebel verdeutlichte, wie unter Rot-Grün Freiheitsrechte schleichend verloren gehen. Liberale müssen dieser Erosion entgegen wirken. Im Foto: Dirk Niebel und Ulrich Goll.

## Laurischk schiebt Reform des Unterhaltsrechts an

Die Bundesregierung hat auf Druck der FDP-Bundestagsfraktion einen Referentenentwurf zur Reform des Unterhaltsrechts vorgelegt. Zu spät, wie die Rechtsexpertin der FDP-Bundestagsfraktion, Sibylle Laurischk, aus ihrer Praxis als Anwältin mit familienrechtlichem Schwerpunkt weiß. Eine Reform des Unterhaltsrechts ist überfällig, denn es betrifft die fi-



nanzielle Situation sehr vieler Familien und Alleinerziehender. In einer Pressekonferenz sowie in einer Vielzahl von Fachtagungen hat Sibylle Laurischk das Reformkonzept der FDP zum Unterhaltsrecht präsentiert: Die Reform muss das Interesse des Kindes vorrangig berücksichtigen. Durch eine Befristung der Unterhaltsansprüche soll die Eigenverantwortung beider Partner nach einer gescheiterten Ehe gestärkt werden. Die so genannte Sandwichgeneration der 40-60-Jährigen, die Kinder und alte Eltern versorgt, muss entlastet werden. Anspruch auf Unterhaltsvorschuss muss allen Kindern von 0-18 Jahren zustehen. Schließlich gilt es, das Unterhaltsrecht mit dem Steuer- und Sozialrecht zu harmonisieren.

## Angriff auf die Selbstverwaltung



In der Verfassung ist sie verankert – doch in der politischen Praxis ist sie bedroht, so analysierte Gisela Piltz die Realität der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland. Vor allem eine immer stärker zunehmende Übertragung von Aufgaben durch den Bund an die Städte, Landkreise und Gemeinden und die schlechte finanzielle Ausstattung vieler Kommunen bedroht das Selbstverwaltungsrecht. Gisela Piltz sah insbesondere bei den Gemeindefinzen großen

Handlungsbedarf und versprach bei einem Regierungswechsel mit FDP-Beteiligung, eine konsequente Kommunalfinanzreform angehen zu wollen. Der Einladung zu einem Treffen der Bundestagsfraktion mit liberalen Kommunalvertretern waren 60 FDP-Vertreter im Deutschen Städtetag und Dr. Guido Westerwelle, Ina Lenke, Jürgen Koppelin, Ernst Burgbacher, Joachim Günther und Michael Kauch gefolgt. Foto: Gisela Piltz und Werner Hümmrich, FDP-Kreisvorsitzender und Ratsmitglied in Bonn.

## 913 mal Pippi

913 Pippi Langstrümpfe stürmten vor wenigen Tagen Fürstenwalde östlich von Berlin. Die Stadtväter um den liberalen Bürgermeister Manfred Reim hatten sich vorgenommen, den von der Stadt Mayen gehaltenen Rekord von 753 als Pippi Langstrumpf verkleideten Bewohnern zu brechen. Am Nachmittag konnte dann die Notarin verkünden: „Fürstenwalder, Ihr seid Weltmeister!“ Der Jubel war riesig, am Ende brach sogar die Bühne unter den vielen rothaarigen Pippis zusammen.



## Aufgeweckte Liberale



Liberal Regierte haben mehr vom Tag. Dies ist das Ergebnis einer Forsa-Umfrage für eine Standortkampagne Sachsen-Anhalts „Wir stehen früher auf“. Der Befragung von 2000 Bundesbürgern ab 14 Jahren zufolge stehen die Menschen in Sachsen-Anhalt zuerst auf – durchschnittlich um 6:39 Uhr. Sachsen-Anhalt ist das Bundesland mit der stärksten FDP, die bei den Landtagswahlen 2002 ein Ergebnis von 13,3 Prozent erreicht hat und mit der CDU regiert. Am wenigsten vom Tag haben

den Forsa-Zahlen zufolge die Hamburger. Dort wird um 7:13 Uhr aufgestanden. In der Alster-Stadt fehlt eine liberale Vertretung im Landesparlament. Relative Langschläfer sind auch die Berliner, Bremer und Hessen – allesamt Bürger ohne Landesregierung mit FDP-Beteiligung. Dagegen wird in jedem Land, in dem die FDP mitregiert, früher aufgestanden. Das wissen natürlich auch die Magdeburger Minister Horst Rehberger (rechts) und Karl-Heinz Paqué und freuen sich darüber.



Die Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker (VLK) wird auch 2005 gemeinsam mit der FDP und der Zeitschrift „das Rathaus“ den Kommunalpolitikerpreis „Das liberale Rathaus“ verleihen. Der Preis wird für beispielhafte liberale Aktionen und Initiativen auf kommunaler Ebene vergeben. Vorschläge können von allen FDP-Ratsfraktionen, Orts- und Kreisverbänden der FDP, den Landesvorständen der VLK und von den Jungen Liberalen eingereicht werden. Die Vorschläge sind schriftlich zu begründen und bis zum 31. August 2005 bei der VLK-Bundesgeschäftsstelle, Postfach 04 03 49, 10062 Berlin einzureichen.

## Neu: Begehrter FDP-Geschäftsbericht

Die Delegierten, Gäste und Journalisten auf dem Bundesparteitag in Köln konnten ihn schon bewundern: Zum ersten Mal gab es den Geschäftsbericht der FDP zum Anfassen und Hindurchgehen. Auf Tafeln, in Dokumenten und in Beamer-Präsentationen konnte man einen Eindruck davon bekommen, was im Thomas-Dehler-Haus geleistet wird und welche professionellen Dienstleister die FDP unterstützen.



Anzeige

## elde Impressum

**Herausgeber:** Dirk Niebel und Dr. Wolfgang Gerhardt; **Chefredakteur:** Robert von Rimscha; **Verantwortlich:** Wulf Oehme; **Redaktion:** Roland Kowalke; **Redaktionelle Mitarbeit:** Kirstin Balke, Saskia Böttcher, Susanne Bühler, Helmut Metzner, Franziska Pagel, Isabella Pfaff, Gabriele Renatus, Dr. Christoph Steegmans, Thomas Volkmann; **Anschrift der Redaktion:** Thomas-Dehler-Haus Berlin, Reinhardtstr. 14, 10117 Berlin, Postfach 04 03 49, 10062 Berlin, e-mail: Roland.Kowalke@liberalverlag.de, Telefon: (0 30) 27 57 28 79, Telefax: (0 30) 27 57 28 80; **Verlag:** liberal Verlag GmbH, e-mail: renate.kroening@liberalverlag.de; **Anzeigen:** liberal Verlag GmbH, Reinhardtstraße 16, 10117 Berlin, Telefon: (030) 27 57 28 73, Telefax: (030) 27 57 28 80; **Gestaltung:** Cicero Gesellschaft für Werbung und Kommunikation mbH, Wiesbaden; **Gesamtherstellung:** altmann-druck GmbH, Berlin; **elde** erscheint sechsmal im Jahr und wird für die FDP-Mitglieder im Rahmen der Mitgliedschaft ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises geliefert. Jahresbezugspreis sonst 8,10 Euro.

ZIMMERTÜR-  
UND WARN-,  
NAMENS-,  
ANSTECK-,  
INNEN- UND  
AUSSEN-,  
INFO UND  
LEITSCHILDER,  
SCHAUKÄSTEN  
UND VITRINEN

STELLWÄNDE  
ALUFAHNEN-  
MASTE

W. ZANDER

53542 Linz / Rh.  
Postfach 100  
Tel. 02644/2037  
Fax. 02644/6969



# Ihr persönlicher **elde**-Fragebogen

Diesmal: Vera Bohle, einzige deutsche Minenräumerin im Ausland\*



Es ist die Kunst der Langsamkeit, die sie beherrscht. Das höchste Gut in ihrem Beruf. Sisyphusgleich räumt sie den Schrott von anderen weg, tödlichen Schrott. Auf dem Balkan, in Afrika und derzeit wieder in Kabul. Vera Bohle (36) ist die einzige deutsche Minenräumerin im Ausland. Elend sehen und nicht helfen können war ihr zu wenig, damals, als Fern-

sehredakteurin und Touristin. Mit 29 Jahren hing sie ihren Beruf als Journalistin an den Nagel und begann ein neues Leben. Viel Spaß beim Lesen ihrer Antworten auf unsere Fragen.

**Was ist für Sie das größte Unglück?**

Krieg.

**Wo möchten Sie leben?**

Sommer: Berlin, Winter: wärmere Gefilde oder Berge.

**Was ist für Sie das vollkommene irdische Glück?**

Liebe.

**Welche Fehler entschuldigen Sie am ehesten?**

Die von Freunden.

**Ihre liebsten Romanhelden?**

Miss Marple, der kleine Prinz.

**Ihre Lieblingsgestalt in der Geschichte?**

Mahatma Gandhi.

**Ihre Lieblingsheldinnen in der Wirklichkeit?**

Gute, schlaue Mütter.

**Ihre Lieblingsheldinnen in der Dichtung?**

Nora.

**Ihre Lieblingsmaler?**

Expressionisten.

**Ihr Lieblingskomponist?**

Giuseppe Verdi.

**Welche Eigenschaften schätzen Sie bei einem Mann am meisten?**

Einfühlungsvermögen, Humor, Intelligenz.

**Welche Eigenschaften schätzen Sie bei einer Frau am meisten?**

Einfühlungsvermögen, Humor, Intelligenz.

**Ihre Lieblingstugend?**

Bescheidenheit ist eine Zier ...

**Ihre Lieblingsbeschäftigung?**

Neue Eindrücke genießen, in netter Gesellschaft sein.

**Wer oder was hätten Sie sein mögen?**

Orakel.

**Ihr Hauptcharakterzug?**

Philanthrop, trotz erschütternder Erlebnisse in Krisengebieten.

**Was schätzen Sie bei Ihren Freunden am meisten?**

Geist, Gefühl, Geselligkeit.

**Ihr größter Fehler?**

... wäre ein Fehltritt, den ich sehr bedauern würde.

**Ihr Traum vom Glück?**

Verbindung von Harmonie und Freiheit.

**Was wäre für Sie das größte Unglück?**

Nach einem Unfall ein kompletter Pflegefall zu sein.

**Was möchten Sie sein?**

Eine gute Kombination aus Herz und Verstand.

**Ihre Lieblingsfarbe?**

Blau, rot, golden.

**Ihre Lieblingsblume?**

Sauerländer Feld-, Wald- und Wiesenblumen.

**Ihr Lieblingsvogel?**

Albatros.

**Ihr Lieblingsschriftsteller?**

Stefan Zweig.

**Ihr Lieblingslyriker?**

Die Klassiker.

**Ihre Helden in der Wirklichkeit?**

Meine Kollegen Minenräumer.

**Ihre Heldinnen in der Geschichte?**

Florence Nightingale, Emmeline Pankhurst.

**Ihre Lieblingsnamen?**

Hab ich nicht.

**Was verabscheuen Sie am meisten?**

Misshandlung, Folter.

**Welche geschichtlichen Gestalten verachten Sie am meisten?**

Unterdrücker, Kriegstreiber – viele, die fälschlich als Helden gesehen werden.

**Welche militärischen Leistungen bewundern Sie am meisten?**

Intelligente strategische und taktische Planung, die Soldaten und Zivilisten schont.

**Welche Reform bewundern Sie am meisten?**

Alle, die den Namen verdienen und zu gesellschaftlichen Verbesserungen führen.

**Welche natürliche Gabe möchten Sie besitzen?**

Musikalität.

**Wie möchten Sie sterben?**

Sehr alt, dann kurz und schmerzlos.

**Ihre gegenwärtige Geistesverfassung?**

Wie üblich: im Aufbruch.

**Ihr Motto?**

Was du nicht willst, das man dir tu, das mut' auch keinem andern zu.

**Ihr Abschlusskommentar?**

Genieße den Tag.

\* Vera Bohle hat ihre Erfahrungen in einem Buch mit dem Titel „Mein Leben als Minenräumerin“ im Krüger-Verlag aufgeschrieben.

# „liberal“

Vierteljahresshefte für Politik und Kultur

Herausgegeben von der Friedrich-Naumann-Stiftung

Sie möchten mehr über Strategien und Perspektiven liberaler Politik erfahren?

„liberal – Vierteljahresshefte für Politik und Kultur“ sind dann die richtigen politischen Hefte für Sie.

„liberal“ informiert eingehend und kritisch darüber, was in Deutschland, Europa und der Welt vorgeht – in Politik, Wirtschaft und Geistesleben. Wer „liberal“ regelmäßig liest, nimmt teil an lebhaften Debatten um Ziele freiheitlicher Politik für das nächste Jahrzehnt. Prominente Autoren schreiben in dem von der Friedrich-Naumann-Stiftung herausgegebenen Vierteljahressheft.



Vierteljahresshefte für Politik und Kultur

Juni 2005 · 47. Jahrgang  
ISSN 0459-1992 · G 4511



**AUS DEM INHALT:**

- Max Stadler:  
**Das Grundgesetz – keine Schönwetterverfassung!**
- Hans D. Babier:  
**Der Dollarhegemon – ein Zerrbild Amerikas**
- Ludwig Georg Braun:  
**Bürgerengagement und Reformpatriotismus – Wider die Zukunftsverzagtheit**

## Bestellen und mitreden:

Das Jahresabo 2005 mit 4 Ausgaben zum Preis von EUR 41,00 zzgl. Porto und Versand oder als Probe das Mini-abo mit 2 Ausgaben zum Sonderpreis von EUR 20,00 inkl. Porto und Versand.

## Bestellen Sie bitte bei:

liberal Verlag GmbH  
Reinhardtstr. 16  
10117 Berlin  
Fax 030/27572880  
e-Mail: [renate.kroening@liberalverlag.de](mailto:renate.kroening@liberalverlag.de)